

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST

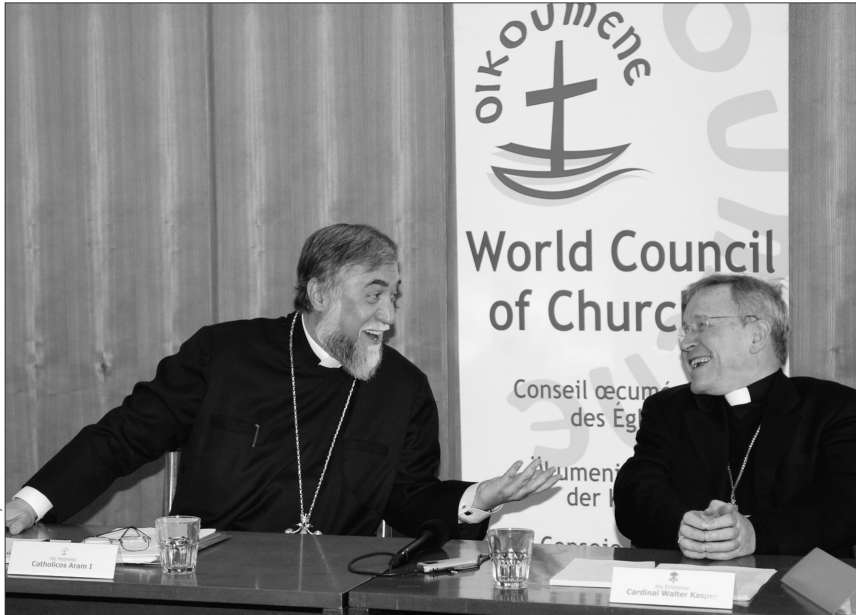


Photo: © WCC/Peter Williams

Der Vorsitzende des Zentralausschusses des OeRK, Katholikos Aram I, und der Präsident des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen, Kardinal Walter Kasper, in Genf

Freundliche Zusammenarbeit – Fortschritt fehlt

Der Weltrat der Kirchen pflegt seit vierzig Jahren die Zusammenarbeit mit der römisch-katholischen Kirche. Der OeRK und die katholische Kirche hatten 1965 eine gemeinsame Arbeitsgruppe gegründet. Das Gremium soll die Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten fördern. Inzwischen wurde dessen achter Arbeitsbericht für die Zeit von 1999 bis 2005 vorgelegt. Das Jubiläum war Anlass für einen Besuch des Präsidenten des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen, Kardinal Walter Kasper in Genf.

Bei dieser Gelegenheit lud der Vorsitzende des Zentralausschusses des OeRK, Katholikos Aram I., den neuen Papst Benedikt XVI. nach Genf ein. Auch Johannes Paul II. war ins Oekumenische Zentrum gekommen. „Der Papst hat eine offene Einladung, er ist jederzeit herzlich bei uns willkommen“, betonte Aram von der Armenischen Apostolischen Kirche. Er merkte jedoch an, dass es bislang noch keine konkreten Vorbereitungen für einen Besuch des Oberhauptes der römisch-katholischen Kirche gebe. Auch der deutsche Kurienkardinal Kasper sagte, Papst Benedikt XVI. habe gegenwärtig noch keine Pläne für einen OeRK-Besuch. Aram und Kasper riefen die Christen dazu auf, die

Oekumene zu stärken. Ein wichtiges Element sei der vertrauensvolle Dialog, resümierte Kardinal Kasper.

Kirchenführer warnen vor Schwächung der Einheitsbewegung

Bei einer internationalen Tagung von Kirchenführern in New York wurde erklärt, die Bewegung für die Einheit der Christen könne sich in Zukunft nur weiterentwickeln, wenn sie sich von institutionellen Strukturen löse und stärker inklusive Züge trage. „Die institutionelle Oekumene stagniert, und die Aufgabe besteht darin, wie wir uns daraus lösen können, um zu einer heilsamen Wirklichkeit zu finden“ erklärte Katholikos Aram I., Moderator des OeRK-Zentralausschusses bei diesem Symposium. OeRK-Generalsekretär Kobia meinte, oekumenische Institutionen seien weder ewig noch unveränderlich, sondern man müsse nach neuen Wegen der Zusammenarbeit suchen, die der Zeit entsprächen. Die oekumenische Bewegung lebe aber nicht in erster Linie durch diese Instrumente, sondern vor allem durch den Glauben an Gott, durch die Verheißung neuen Lebens in Christus und das Vertrauen in den Geist, die uns helfen, der gottgegebenen

AUS DEM INHALT

Kirchenführer wollen mit UN über Armut reden

Südafrikanische Kirche muss Apartheid öffentlich verurteilen

Reformierter Weltbund in Finanznot

Überwindung von Gewalt ist spiritueller oekumenischer Auftrag

Indische Kirchen für gleiche Rechte für christliche Dalits

Kanadische Kirchen starten Kampagne gegen Kleinwaffen

Ausstellung zur Vorbereitung der OeRK-Vollversammlung in Porto Alegre

Aus Netzen und Bewegungen

Bremen: Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen

Berlin: Kooperation mit afrikanischen Migrantenkirchen

Wir sind Kirche: Konzil und Synode dürfen nicht in Vergessenheit geraten!

Kairos Europa: Brief an die Delegierten in Porto Alegre

FREle HEIDe: Projekt „Sichelschmiede“

EAK: Zu CA XVI – Einlegeblatt ins Gesangbuch

Einheit sichtbaren Ausdruck zu geben. Wir sind überzeugt, dass die oekumenische Bewegung sich nur durch Gottes Gnade weiterentwickeln kann. Deshalb bräuchten wir uns nicht zu sorgen, ob unsere Werke den Ansprüchen der Zeit genügen, oder ob Gott uns vielleicht in völlig andere Aufgaben christlichen Dienstes stellen wolle.

Kobia meinte, „neue Konfigurationen der Glaubensgemeinschaft bräuchten auch neue Beziehungskonzepte, da die Karte der Christenheit völlig neu gezeichnet werden müsse“.

Wir müssten völlig neu lernen zuzuhören, um wirklich verstehen zu können, wie schwer die Last der anderen ist, aber auch zu entdecken, wie die anderen zur Fürsorge fähig sind. Es gehe um eine „Spiritualität des Engagements“, in der geistliche Dinge mit dem befreiendem Handeln für Gerechtigkeit und Frieden verbunden werden.

Religionsfreiheit ein Schlüsselthema bei der Europa-Konferenz in der Türkei

Eine von der orthodoxen Kirche und einer Gruppierung christdemokratischer und konservativer Parteien im Europa-Parlament veranstaltete Europakonferenz in der Türkei wurde von der Frage der Religionsfreiheit beherrscht. Die Europäische Union begann am 3. Oktober ihre Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, wobei der türkische Umgang mit Religionsfragen eines der Themen darstellte. Offiziell ist die mehrheitlich muslimische Türkei ein säkularer Staat. Kirchen haben jedoch immer wieder über Druck auf die christliche Minderheit und entsprechende Diskriminierungen geklagt.

Vor allem das Orthodoxe Oekumenische Patriarchat von Konstantinopel hat die türkische Regierung gebeten, die Öffnung des einzigen christlich orthodoxen Seminars auf der Insel Heybeliada (Halki) bei Istanbul zuzulassen, das 1971 nach einem Gerichtsurteil geschlossen wurde. „Wir haben ein Recht auf offene Kirchen und offene Schulen. Wir wollen umfassende Religionsfreiheit“, verlangte der orthodoxe Metropolit Emmanuel. „Wenn wir nicht die uns zustehende Freiheit erhalten, dann werden radikale religiöse Kreise entstehen“.

Wassermangel behindert den Kampf gegen Armut

Angesichts weltweit schwindender Trinkwasservorräte fordert der Generalsekretär der Allafrikanischen Kirchenkonferenz, Pfr. Mvume Dandala, die Kirchen auf, das Recht auf Wasser zu einer Kernaufgabe ihrer Arbeit zu machen.

„Wassermangel ist genau so zerstörerisch wie Armut, die nicht überwunden werden kann, wenn das Problem des Wassermangels nicht gelöst wird“ so Dandala am 8. November 2005 bei der Eröffnungstagung des

Oekumenischen Wassernetzwerkes in Machakos, Kenia.

Das Wassernetzwerk wurde von christlichen Gruppen gegründet, die sich für die Konservierung, den verantwortlichen Umgang und eine gerechte Verteilung von Wasser für alle einsetzen. Mehr als 70 Wasserexperten, sowie Kirchenführer aus Kenia, dem Pazifik, Lateinamerika, Asien, Europa und Nordamerika nahmen an der fünftägigen Konferenz teil.

Dandala sagte, Wasser sei zur Ware geworden, wodurch die Ärmsten der Welt nur noch beschränkter Zugang zu Trink- und Gebrauchswasser hätten.

„Wenn wir Wasser nicht nur als lebensnotwendige Substanz betrachten, sondern als einen unaufgebbaren Teil dessen, was uns als lebendige atmende Menschen ausmacht, können wir dann zulassen, dass eine Gemeinschaft kein Wasser mehr bekommt, weil sie es nicht bezahlen kann?“ fragte Dandala.

Die Empfehlungen der Konferenz werden im Februar 2006 bei der Vollversammlung des Oekumenischen Rates der Kirchen in Porto Alegre, Brasilien, zur Sprache kommen.

Mitglieder des Wassernetzwerkes sagten, sie seien betroffen von Themen wie Lebensstilen, die direkt oder indirekt Wasser verschwenden, der Kommerzialisierung der Wasserressourcen und einem Umgang, der Wasser eher als Ware betrachtet denn als soziales Gut und Menschenrecht.

„Wir alle müssen Sorge tragen für das Wasser, denn Wasser verbindet uns“, so Danuta Sacher von Brot für die Welt.

Internationale Hilfswerke schätzen, dass 1,1 Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben und diese Zahl sich bis 2025 auf drei Milliarden erhöhen könnte.

In einem Vorbereitungspapier für die Konferenz in Machakos wurde erklärt, der zunehmende und keineswegs nachhaltige landwirtschaftliche und industrielle Wasserverbrauch, Abholzung und Landverbrauch, Überfluss und Abfall, Umweltzerstörung und Bevölkerungswachstum hätten zu Problemen mit der Wasserversorgung geführt.

„Die Krise wird noch verschärft durch das herrschende Wirtschaftssystem“, so das Papier. „In den letzten Jahrzehnten hat die öffentliche und kommunale Kontrolle der Wasservorräte drastisch nachgelassen. In zunehmendem Maße wird Wasser als Handelsware zu Marktbedingungen gehandelt.“

Kirchenführer aus aller Welt wollen mit dem UN-Generalsekretär über Armut reden

Die Generalsekretäre von sieben verschiedenen kirchlichen Weltbünden bemühen sich um ein Gespräch mit UN-Generalsekretär Kofi Annan, um mit ihm über weitere UN-Aktionen zur Überwindung der weltweiten Armut zu verhandeln. Nach einer Woche mit

Gesprächen in New York und Washington, DC, schlugen die Kirchenführer in einem Brief vor, die Vereinten Nationen mögen eine internationale Versammlung einberufen, um die Möglichkeiten einer Friedensmission im Irak zu eruieren. Die Kirchenführer würdigten in ihrem Brief das Bemühen Annans, die UN-Millenniumsziele für Entwicklung umzusetzen, die die internationale Gemeinschaft: dazu bewegen sollten, bis 2015 das Ausmaß der extremen globalen Armut beträchtlich zu reduzieren. Bei einem UN-Gipfel im September seien die Ziele schon wieder verwässert worden, kritisierten die Kirchenführer. „Wir möchten Sie ermutigen, diese wichtige Arbeit fortzusetzen und bieten Ihnen unsere Zusammenarbeit an, damit die Länder der Welt diesen Zielen verpflichtet bleiben, die für so viele unserer Völker an so vielen Orten lebensnotwendig sind.“ Annan hatte sich verpflichtet, die Bande zwischen den UN und der internationalen religiösen Gemeinschaft zu vertiefen. Die religiösen Führer hatten den Generalsekretär zuletzt im Mai 2004 getroffen.

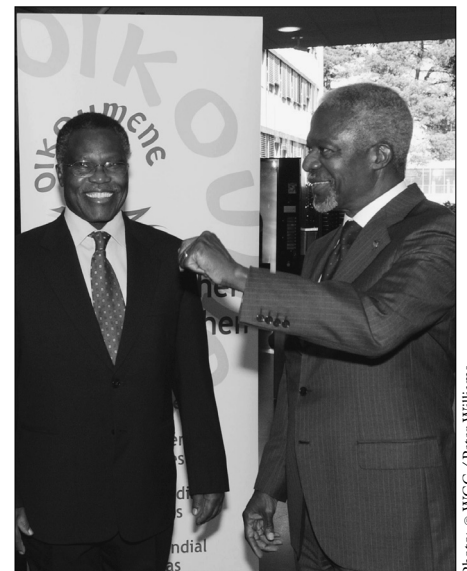


Photo: © WCC/Peter Williams

Generalsekretär Kofi Annan bei einem Besuch im Oekumenischen Zentrum in Genf

Der Reformierte Weltbund in Finanznot

Die Leitungsgremien des Reformierten Weltbundes wiesen darauf hin, dass ihre Zukunft gefährdet sei, wenn die 75 Millionen Christen vertretende Organisation keine dramatischen Schritte unternehme, um neue Finanzquellen zu erschließen. Die Warnung wurde bei der jährlichen Tagung des Exekutiv Ausschusses laut, der vom 7.-15. Oktober in Evian, Frankreich, tagte. „Wir müssen uns unserer Finanzkrise stellen“, so Präsident Clifton Kirkpatrick, „denn wenn wir in unseren Mitgliedskirchen die Verantwortung für den Weltbund nicht mittragen, dann haben wir keine Zukunft. Generalsekretär Pfr. Setri Nyomi betonte, der Weltbund habe schon im letzten Jahr seinen Stab reduzieren müs-

sen, denn für das laufende Finanzjahr hätten nur 58 Prozent der 218 Mitgliedskirchen in 107 Ländern einen Jahresbeitrag bezahlt. Einer der wichtigsten Unterstützer habe 2004 seinen Beitrag um 25 Prozent reduziert und müsse auch 2005 nochmals reduzieren. Am 31. Dezember 2004 habe der RWB einen Negativsaldo von 56.001,- CHF gehabt. Der RWB hat 1998 einen „fairen Mitgliedsbeitrag“ eingeführt, wodurch die jährlichen Mitgliedsbeiträge durch die Mitgliederzahl der Kirche und das Bruttosozialprodukt des Landes definiert werden. „Wenn alle Kirchen sich daran halten würden, dann hätten wir kein Defizit, sondern beim jetzigen Ausgabenstand sogar einen gesunden Überschuss“, so Nyomi. 86 Prozent des derzeitigen Einkommens des RWB werden von nur 15 Mitgliedskirchen bestritten.

Russischer Bischof sucht Bündnis zur Bekämpfung des Säkularismus

Bischof Hilarion Alfeyev aus Wien, Österreich, der russisch-orthodoxe Vertreter bei der Europäischen Union, hat zu einem europäischen Bündnis von Katholiken und Orthodoxen aufgerufen zur Bekämpfung von Säkularismus, Liberalismus und Relativismus. „Europa wird so unglaublich schnell entchristianisiert, dass es schnelles Handeln bedarf, um die jahrhundertalte christliche Identität zu bewahren“, so Hilarion. „Wir brauchen ein strategisches Bündnis, und zwar hier und jetzt, denn in 20, 30, oder 40 Jahren wird es schlicht zu spät sein.“ Hilarion sprach bei einer oekumenischen Tagung in Gniezno, Polen, zur Rolle der Christen im heutigen Europa. Er sagte, ein solches Bündnis könnte Vertreter der Katholischen Bischofskonferenzen und freien orthodoxen Kirchen zusammenführen, um einen gemeinsamen Standpunkt zu allen wichtigen sozialen und ethischen Themen zu suchen. Die orthodoxen Kirchen suchten nach einem Durchbruch in den Beziehungen zur Römisch-Katholischen Kirche unter Papst Benedikt XVI. Man rechne im Kampf gegen „progressive Gruppen, die die Frauenordination, die Genehmigung gleichgeschlechtlicher Ehen, Abtreibungen, Verhütungsmittel und Sterbehilfe verlangten“ mit der Unterstützung des Papstes. Bischof Hilarion stellte fest, die orthodoxen, protestantischen und altkatholischen Kirchen seien in der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) zusammengeschlossen. „Wo aber gibt es ein gemeinsames Bündnis zwischen Orthodoxen und Katholiken?“ fragte der Bischof. Ein solches Bündnis könne als Dialogpartner mit Organisationen wie der EU dienen um das „traditionelle Christentum im Dialog mit dem Judentum, dem Islam und anderen Weltreligionen“ zu vertreten. Zu dem von der katholischen Kirche in Polen veranstalteten Kongress kamen 900 Delegierte aus Kirchen und religiösen Bewegungen.

Priester wehren sich gegen die Entscheidung der Kirche von England zu gleichgeschlechtlichen Partnerschaften

Eine Erklärung der anglikanischen Bischöfe, dass Priester sich als gleichgeschlechtliche Partnerschaften zivilrechtlich eintragen lassen könnten, wenn sie versprechen, weiterhin zölibatär zu leben, ist sowohl bei Gegnern wie Befürwortern auf Widerspruch gestoßen. Die Bischöfe geben den Rat, solchen Partnerschaften keinen kirchlichen Segen zu geben. Zwei anglikanische Erzbischöfe aus Afrika rügten die Kirche, sie entferne sich damit vom christlichen Glauben und drohten, aus der Kirche auszutreten. Bischof Selby betonte in einem Artikel in Church Times, die Bereitschaft zur Partnerschaft sollte ein Grund zur Freude sein, und nicht ängstigen. Seine Kollegen schienen zu befürchten, die Ehe würde durch diese Entwicklung bedroht. Diese Furcht sei aber schwer zu verstehen, denn niemand habe bisher bestätigt, seine oder ihre Ehe sei durch die öffentliche Anerkennung schwuler Beziehungen bedroht worden.

Irischer Erzbischof fordert Aufhebung des Banns schwuler Priester

Erzbischof Diarmud Martin aus Dublin erklärte, ein schwuler Mann sollte nicht daran gehindert werden, katholischer Priester werden zu können. Neue Berichte aus dem Vatikan besagen, die Kongregation für katholische Erziehung wolle Ende Oktober ein Dokument des Inhalts veröffentlichen, dass schwulen Männern, selbst wenn sie zölibatär leben, die Ausbildung zum Priester versagt bleiben soll. Martin betonte in Rom, um das Keuschheitsgelübde leben zu können, müssten die Priester sich über ihre sexuelle Orientierung klar werden. „Priester sind oft sehr einsam und ringen um ihre eigene Spiritualität und den Kontakt mit Gott, der täglich vertieft werden wolle.“ Dieses Thema war nach Missbrauchsskandalen von Priestern mit Jugendlichen in den USA neu diskutiert worden. Martin sagte, man müsse dafür sorgen, dass solches nie wieder geschehen dürfe. „Homosexualität könne aber nicht Pädophilie gleichgesetzt werden, denn Pädophilie sei weder eine Folge von Homosexualität noch vom Zölibat.“

Südafrikanische Kirche muss Apartheid öffentlich verurteilen

Die Niederländisch Reformierte Kirche – Niederländisch Hervormde Kerk (NHK) – war vom Reformierten Weltbund (RWB) 1982 ausgeschlossen worden, weil sie das Apartheidssystem theologisch und biblisch rechtfertigte. Die NHK wollte nun wieder in den Weltbund aufgenommen werden, aber

der im Oktober in Evian tagende Exekutiv-ausschuss betonte, die NHK müsse zuerst den Kirchen in Südafrika und in aller Welt beweisen, dass sie „eindeutig und umfassend“ die Apartheid ablehne. „Sie müsse öffentlich bekennen, dass Apartheid und ihre biblische und theologische Rechtfertigung Sünde und ihre Unterstützung häretisch zu nennen sei.“ Die Kirche wurde aufgefordert, die oekumenischen Bande in Südafrika zu stärken und auf lokaler und nationaler Ebene einen Versöhnungsprozess einzuleiten. Der Exekutiv-ausschuss erklärte, „die NHK muss beweisen, dass sie bei der Umwandlung der südafrikanischen Kirchen zu rassistischer Integration und Harmonie eine Schlüsselrolle spielen wird. Der RWB wird eine Delegation nach Südafrika schicken, weil bekannt wurde, dass die Mitgliedskirchen sich über eine Wiederaufnahme uneins seien. Drei Kirchen befürworteten einen solchen Schritt, eine Kirche sprach sich dagegen aus. Eine andere südafrikanische Kirche, die Niederduitse Gereformeerde Kerk (NGK) wurde bereits 1999 wieder aufgenommen, nachdem sie die Apartheid als falsch und sündig verworfen hatte, nicht nur in ihrem Handeln und Wirken, sondern in ihrem ganzen Wesen.“

Sechs Glaubensgemeinschaften in Großbritannien warnen vor Legalisierung der Sterbehilfe

Vor einer im Oktober stattfindenden Debatte im Oberhaus warnten die Führer von sechs britischen Glaubensgemeinschaften vor möglichen Schritten zur Legalisierung der Beihilfe zum Sterben Todkranker. Vertreter von Buddhisten, Christen, Hindus, Juden, Muslimen und Sikhs betonten, „das so genannte ‚Recht auf Sterben‘ werde unausweichlich zur Sterbenspflicht werden und potentieller wirtschaftlicher Druck und Bequemlichkeit die Entscheidungsfindung beherrschen.“ In einem offenen Brief an beide Häuser des Parlaments betonten die religiösen Führer, die meisten Ärzte seien gegen eine Gesetzesänderung, durch die die Achtung vor dem Leben untergraben werde. In den Niederlanden sei einer von 32 Todesfällen auf Euthanasie zurückzuführen; ein ähnliches Gesetz in England könne zu jährlich 13 000 Todesfällen führen. Holländische Befürworter aktiver Sterbehilfe würden nun weitere Erleichterungen anstreben, um Menschen mit Demenz einzuschließen. Rowan Williams, Erzbischof von Canterbury, wie auch andere Kirchenführer sprachen sich gegen eine Gesetzesänderung aus, denn „wenn privat über den Tod eines Mitmenschen entschieden werden könne, begäben wir uns schwere See“.

OeRK-Generalsekretär besorgt über Spannungen in Äthiopien

Pfr. Samuel Kobia, Generalsekretär des OeRK berichtete nach einem Besuch in

Äthiopien, die Spannungen am Horn von Afrika wegen umstrittener Parlamentswahlen seien besorgniserregend, weil es zwischen den Parteien in Regierung und Opposition große Meinungsverschiedenheiten über die Ergebnisse gebe und der Dialog abgebrochen worden sei. Nach den nationalen Wahlen im Mai war es zu politisch motivierten Spannungen gekommen, weil die Opposition den Erfolg der Regierungspartei in Frage stellte. 40 Menschen verloren ihr Leben durch Gewaltakte. Kobia forderte die Regierung auf, mit der Opposition und den Kräften der Zivilgesellschaft den Dialog aufzunehmen. Die Kirchen würden als Vermittler zur Verfügung stehen. Nach seinem Besuch bei der Ethiopian Orthodox Tewahedo Church erklärte Kobia, „als Anwälte eines alten spirituellen Vermächtnisses habe die äthiopische Christenheit einen einmaligen Beitrag zu leisten, der für Afrika und die gesamte oekumenische Familie von großer Bedeutung sei. Diese Kirche ist die einzige vorkoloniale Kirche in Afrika und hat als größte Orientalisch-Orthodoxe Kirche weltweit 36 Millionen Mitglieder.“

Überwindung von Gewalt ist ein spiritueller oekumenischer Auftrag

Bei einer internationalen Konferenz zum Thema „Gewalt und christliche Spiritualität“, die vom 27. bis 29. Oktober in Boston, USA, stattfand und von der Holy Cross Greek Orthodox School of Theology in Zusammenarbeit mit dem OeRK veranstaltet wurde, erklärte OeRK-Generalsekretär Dr. Sam Kobia, „Gewalt unterscheidet nicht zwischen Konfessionen, sondern sie ist ein Problem, das uns alle betrifft, weshalb wir auch alle gemeinsam aufgerufen sind, für Liebe, Gerechtigkeit und Versöhnung gewaltlos einzutreten“. Die Dekade zur Überwindung von Gewalt sei nicht nur deshalb ausgerufen worden „um Gewalt als solche zu überwinden, sondern durch aktive Friedens- und Versöhnungsarbeit Geist, Logik und Praxis der Gewalt zu bekämpfen“. Kobia sprach über die verschiedenen Gesichter der Gewalt, konzentrierte sich aber auf die Grundlagen des Friedens, die unter anderem im interreligiösen Dialog zu finden seien. „Ein solches Gespräch kann aber in einer plötzlichen Krisensituation niemals als Rettungswagen eingesetzt werden, sondern es ist eher als Vorsorgemedikament zu verstehen, das bei regelmäßiger Einnahme auch in schwierigen Situationen hilft“, warnte Kobia. Eine ähnlich hilfreiche Friedenskraft sei in einer Spiritualität zu finden, „die unser individuelles und gemeinsames Handeln inspiriert und formt“. Er glaube, dass „Gebet und Kontemplation“ die wichtigsten Disziplinen seien, um der Gewalt zu begegnen. Die orthodoxen Traditionen hätten auf diesem Gebiet viel Erfahrung, denn im orthodoxen Glaubensleben gäbe es eine tief verwurzelte

und uralte Vision einer Spiritualität, die als ein heilsames, versöhnendes und ganzheitliches Zusammenwirken von Frieden, Bewahrung der Schöpfung, menschlichem Leben und Trinität zu verstehen sei.“

Anglikanisches Kirchenzentrum in Katar

Im Frühjahr 2006 soll im nahöstlichen Staat Katar für sieben Mio. US\$ ein anglikanisches Kirchenzentrum errichtet werden, der erste kirchliche Mehrzweckbau seit Bestehen des Islam. „Katar ist ein sehr wichtiges Land und der Bau dieses Zentrums wird eine klare Botschaft zum Dialog und Verständnis zwischen Christen und Muslimen beinhalten“, sagte der anglikanische Bischof für Zypern und die Golfregion, Clive Handford. „Für viele wird es Heimat fernab der Heimat werden, es soll aber auch der größeren Gemeinschaft in der ganzen Region dienen. Das Bauland wurde von Sheik Amir Hamad bin Khalika Al Thani, dem Herrscher von Katar, zur Verfügung gestellt. Eine Kirche, Unterkünfte, Konferenzräume und ein Café sollen entstehen. Ein Viertel der Kosten sind schon aufgebracht. Dieses Zentrum wird eines von drei religiösen Zentren sein, für die Sheik Amir ein bestimmtes Gebiet ausgewiesen hatte. Katar war in den letzten drei Jahren Gastland für jährlich stattfindende interreligiöse Konferenzen. 95 Prozent der Bevölkerung sind Muslime.“

Bericht der Europäischen Union kritisiert mangelnde Religionsfreiheit in der Türkei

Einen Monat nach Beginn der Beitrittsverhandlungen hat die Europäische Kommission die Türkei kritisiert, gegen die freie Religionsausübung von Christen zu verstoßen. „Nichtmuslimische Glaubensgemeinschaften hätten große Probleme und dürften keine Geistlichen ausbilden“, so der am 9. November veröffentlichte Bericht. Minderheitsrechte würden oft verletzt und bei der Gesetzgebung und der Umsetzung religiöser Rechte gäbe es kaum Fortschritte. Nichttürkische christliche Geistliche hätten Schwierigkeiten bei der Beschaffung und Erneuerung von Visa und Arbeitserlaubnissen. Zwar sind Religionsbücher umgeschrieben worden, um die Probleme christlicher Minderheiten aufzunehmen, aber Geistliche und Theologen dürften keinen Religionsunterricht erteilen. Als Vorbedingung für den EU-Beitritt 2015 hat die Regierung Erdogan Religionsfreiheit zugesichert, aber christliche Gruppen äußerten wegen neuer Menschenrechtsgesetze und Strafgesetzänderungen Skepsis. Protestanten und Katholiken dürften keine Stiftungen gründen und nichtmuslimische Gemeinschaften seien gewalttätiger Bedrohung ausgesetzt, so der Kommissionsbericht. Die Türkei ist ein säkularer Staat, und die meisten der 67 Mio. Einwohner sind sunnitische Muslime.

Indische Kirchen befürworten gleiche Rechte für christliche Dalits

Kirchenführer in Indien setzen sich dafür ein, dass christliche Dalits (Dalit ist ein Sanskritwort für Unterdrückte) dieselben Rechte erhalten wie andere Mitglieder der unteren Kasten. 1950 erhielten hinduistische Dalits das Recht auf freie Schulbildung und auf bestimmte Regierungsjobs, um ihren sozialen Status zu verbessern. Später wurden diese Rechte auch auf die buddhistischen und die Sikh-Dalits ausgedehnt, nicht aber auf die christlichen oder muslimischen Dalits. Im April mahnte der Oberste Gerichtshof die Regierung an, bis August zu erklären, warum christliche Dalits nicht gleichbehandelt würden. Diese Frist wurde bis Ende Oktober verlängert. Pfr. Phil Raj von der katholischen Bischofskonferenz erklärte, „dies gibt uns mehr Zeit für die Lobbyarbeit mit der Regierung“. Franklin Caesar, ein lutherischer Dalit meinte, „wir sind enttäuscht von der Regierungserklärung“. Er hatte dem Obersten Gericht die Petition vorgelegt. Caesar stellte in seiner Petition fest, die Aberkennung gleicher Rechte für christliche Dalits verletze das verfassungsmäßige Gleichheitsrecht und führe aufgrund der Religion zu Diskriminierung. Die Regierung hat früher immer gesagt, sie könne den christlichen Dalits nicht dieselben Rechte zuerkennen wie den anderen Dalits, da das Christentum kein Kastensystem kenne.

Herausforderung für die Kirchen in China

Im Rahmen seines Besuchs der Volksrepublik China im November 2005 rief der US-amerikanische Präsident George W. Bush die chinesische Führung zu mehr religiöser und politischer Freiheit auf.

Während seines Besuches selbst nahm er aber an einem Sonntagsgottesdienst in einer staatlich genehmigten sog. „Patriotischen Kirche“ teil. Diese kirchliche Bewegung, gegründet Ende der 40er Jahre, bildete später die „Three Self Patriotic Movement (TSPM)“. Der Hintergrund ihrer Entstehung liegt in der Überzeugung von kirchlichen Führungspersonlichkeiten der damaligen Zeit, die das Christentum für schuldig hielten an zahlreichen Verbrechen gegen China beteiligt gewesen zu sein. 1951 würdigte die TSPM positiv die chinesische Revolution unter Mao Zedong, in der sie einen Akt der Wiedererlangung der nationalen Würde und Souveränität erkannte.

Heute wächst das Christentum rapide in China, ohne sich jedoch noch in vergleichbarer Weise in die politischen Angelegenheiten einzumischen. Es wird mehr Wert gelegt auf eine strikte Trennung von christlichem Glauben und Staat. Konsequenterweise zieht ein solches Christentum verstärkt mit dem aktu-

ellen Regime unzufriedene Menschen an. Rev. Matthew Deng von der patriotischen Kirche hält diese Ablehnung des Regimes für agitatorisch und unpatriotisch, die Missachtung der Gesetze gefährde die Zukunft der Kirche in China ganz allgemein. Außerdem heißt es immer wieder, die unabhängigen sog. Hauskirchen seien oft von ausländischen Missionaren ermutigt. Die Unterdrückung und Verfolgung der unabhängigen Gruppen drängt evangelikale Kreise in der USA verstärkt dazu, Druck auf ihre Regierung auszuüben, damit diese sich für mehr Religionsfreiheit in China einsetzen möge.

Rev. Cao Shengjie, Präsident des China Christian Council, weist allerdings darauf hin, dass nicht das Wachstum der unabhängigen kirchlichen Gruppen oder die Verfolgung das eigentliche zentrale Problem der Christ(inn)en in China sei, sondern die fehlende christliche Unterweisung und Erziehung. Nur mit ihrer Hilfe und den christlichen Wahrheiten können den vielen Irrlehren, die überall im Lande entstünden, wirksam entgegen gewirkt werden.

Kanadische Kirchen starten Kampagne gegen Kleinwaffen

Das Friedensprojekt „Pflugscharen“ des Kanadischen Kirchenrates hat eine Kampagne gegen Kleinfeuerwaffen angeregt. „Öffentlicher Druck sei wichtig um die Regierung zum Handeln zu bewegen und zu einem konstruktiven Ergebnis der kommenden UN-Konferenz zur Überprüfung der Kleinfeuerwaffen im Juli 2006 beizutragen“, so John Siebert, Direktor des Projektes. Weltweit seien 600 Mio. Kleinwaffen im Umlauf, denen jährlich eine halbe Million Menschen zum Opfer fielen, 300 000 davon kämen bei bewaffneten Konflikten und 200 000 durch Tötungsdelikte und Selbsttötung ums Leben. „Wir rufen Kirchen und alle Kanadier auf, mit uns zusammen dafür Sorge zu tragen, dass die Sicherheit und das Wohl von Menschen in Regionen, in denen Waffen im Umlauf sind, wiederhergestellt werden kann. Die Kampagne will das Bewusstsein wecken, dass Regierungen national und international sich stärker dafür einsetzen, dass Kleinwaffen besser kontrolliert und die Bedingungen berücksichtigt werden, die Menschen dazu bringen, mit Waffen zu hantieren.“

Fünf Millionen Nigerianer durch Konflikte und Naturkatastrophen vertrieben

Wegen religiöser und ethnischer Konflikte und wegen Naturkatastrophen sind zwischen 1990 und 2003 fünf Millionen Nigerianer vertrieben worden, so Nigerias Vizepräsident Alhaji Abubakar Atiku. In jüngster Zeit käme es zwischen Christen und Muslimen immer wieder zu religiösen Konflikten, die Analysen zufolge teilweise durch die Einführung, An-

nahme und Umsetzung islamischen Rechts durch muslimische Politiker in Nordnigeria ausgelöst wurden, wo bereits 12 der 19 Staaten dieses Recht eingeführt hätten.“ Christen in diesen islamischen Staaten werden diskriminiert, sie dürfen keine neuen Kirchen bauen und müssen sich den ethischen Kodices fügen“, berichtete Saidu Dogo, Sekretär der nördlichen Sektion der Christlichen Vereinigung von Nigeria. Sheikh Zakariya, erklärte: „Die Scharia sei dazu da, das Verhalten der Muslime zu regeln und Christen, die in diesen islamischen Staaten leben, sollten sich diesen Gesetzen fügen.“ Etwa 50 Prozent der Bevölkerung von 129 Mio. sind Muslime, während die Christen 40 Prozent ausmachen.

Klimawandel ist Zeichen für spirituelle Unordnung

Der oekumenische Patriarch Bartholomeos I., von vielen als der spirituelle Führer der ganzen orthodoxen Welt angesehen, hat sich anlässlich der VN-Klima-Konferenz über die globale Erderwärmung in Montreal, zur ethischen und geistlichen Dimensionen dieses ökologischen Problems geäußert.

In Montreal trafen sich zum ersten Mal die Nationen der Welt, seit das auf der Konferenz von Kyoto 1997 beschlossene Kyoto-Protokoll in Kraft getreten ist.

„Klimawandel ist mehr als ein Thema von Umweltschutz“, meint der Oekumenische Patriarch Bartholomeos I. Er gilt als geistliches Oberhaupt der weltweiten orthodoxen Christenheit.

„Soweit er von Menschen verursacht ist, handelt es sich um ein tief moralisches und geistliches Problem.“ Die Versammlung in Montreal war die erste der Vereinten Nationen seit Inkraftsetzung des Kyoto-Protokolls vom Februar 1997, das internationale Standards setzt für die Freisetzung von Gasen, die die Ozonschicht in der Atmosphäre beeinträchtigen, was von den meisten Wissenschaftlern als Ursache für die globale Erderwärmung gilt.

Die Konferenz diene dazu, künftige Maßnahmen zu erörtern, wenn die erste Phase des Kyoto-Protokolls 2012 ausläuft.

„Wenn wir nicht sofort radikale Maßnahmen ergreifen, um die Emissionen von nicht zukunftsfähigen, nicht zu rechtfertigenden und schlicht ungerechten Auswüchsen unseres Lebensstiles zu verringern, werden die Auswirkungen alarmierend und bald heftig spürbar“, sagte der Patriarch.

Die Vereinigten Staaten haben den Kyoto-Vertrag nicht ratifiziert und US-Präsident George Bush bezweifelte wissenschaftliche Erkenntnisse zu den Ursachen der Klimaänderung. „Obwohl die Daten unter Berücksichtigung von Klimaänderung von manchen in Frage gestellt werden, wird der Ernst der Situation im Allgemeinen akzeptiert“, bemerkte Patriarch Bartholomeos, der eine 80-stärke Delegation des Weltrates der Kirchen

in Montreal leitet. Bartholomeos fügte hinzu, „Den gegenwärtigen Weg der ökologischer Zerstörung fortzusetzen, ist nicht nur töricht. Es ist selbstmörderisch und gefährdet die Mannigfaltigkeit der einmaligen Erde, die wir bewohnen, genießen und gemeinsam teilen.“ Der Patriarch sagte dass Glaubensgemeinschaften sich in einer guten Position befänden, um eine langfristige Perspektive der Welt als Gottes Schöpfung zu entwickeln. Zugleich wies er auf die Notwendigkeit für die Kirchen hin „das eigene Haus in Ordnung zu bringen“.

„Solange wir keine radikalen und sofortigen Maßnahmen ergreifen, um die Emissionen zu reduzieren, die das Ergebnis unseres nicht zu rechtfertigen Lebensstiles sind“, so der Patriarch, „solange bleiben die Folgen alarmierend ... Auch wenn einzelne wissenschaftliche Aspekte noch diskutiert werden, ist die grundsätzliche Dimension der Probleme allgemein anerkannt.“ US-Präsident Bush, dessen Land das Protokoll nicht unterzeichnet, zweifelt weiter an der wissenschaftlichen Plausibilität.

Bartholomeos fügte hinzu, die gegenwärtige Situation fortzusetzen sei nicht nur wahnwitzig, sondern es sei nichts weniger als selbstmörderisch, die Vielfalt des Planeten, den wir alle bewohnen und teilen, so zu gefährden.

Der OeRK-Koordinator für Fragen des Klimawandels, der Kanadier David Hallman, fügte hinzu, dass „wir jeden Tag durch schwerwiegende Ereignisse an den Ernst des von Treibhausgasen verursachten Klimawandels erinnert werden.“

„Den Glauben bewahren“

Ein Multimedia-Projekt des OeRK zeigt im Vorfeld der 9. Vollversammlung die Lebendigkeit der Oekumene. Die „oekumenische Bewegung“ ist für Menschen und Kirchengemeinden rund um die Welt ein zentraler Bestandteil des Glaubens, den sie Tag für Tag leben. Das Multimedia-Projekt „Den Glauben bewahren“ („Keeping the Faith“) vermittelt einen Eindruck der Lebendigkeit der „oekumenischen Bewegung“. Zu dem Multimedia-Projekt, das im Vorfeld der 9. Vollversammlung des Oekumenische Rates der Kirchen (OeRK) angelaufen ist, die im Februar 2006 in Brasilien stattfinden wird, gehören eine Wanderausstellung, Foto-Essays, ein Buch und eine Webseite (www.keeping-the-faith.info). Das Herzstück des Projekts, die Wanderausstellung, besteht aus 40-55 variabel einsetzbaren zwei Meter hohen Tafeln mit Fotos und Texten. Die Webseite „Keeping the Faith“ enthält zurzeit acht Foto-Essays über Menschen und Gemeinschaften, die ihren Glauben leben – in Deutschland, Ruanda, Kenia, Uganda, der Schweiz, Dänemark und Rumänien.

Weitere Informationen über „Keeping the Faith“ unter www.keeping-the-faith.info

Aus oekumenischen NETZEN

► Bremen

Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen

Die zweite Hälfte des Jahres 2005 wurde geprägt durch den Impuls der Oekumenischen Initiative, die Millennium-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen in Bremen bekannt zu machen. Das Bremer Aktionsbündnis Millenniumsziele bildete sich aus 13 kirchlichen und anderen entwicklungspolitisch engagierten Nichtregierungsorganisationen und Gruppen und trat mit Info-Ständen, Mitmachaktionen und Straßentheater am Samstag, 10.09. auf dem Bremer Marktplatz auf. Das Rathaus wurde mit den DEINE STIMME GEGEN ARMUT – Slogans der Kampagne „weltweit gegen Armut“ geschmückt und erhielt somit im laufenden Bundestagswahlkampf eine erkennbare inhaltliche Aussage. Um die Millenniumsziele als Gradmesser für gerechtere globale Entwicklung weiter im Bewusstsein der Bevölkerung zu verankern, hat am 7. Dezember eine Vertreterin von Misereor eine Bewertung der Ergebnisse der im September abgehaltenen Generalversammlung der Vereinten Nationen vorgenommen; voraussichtlich ab **23. April bis 1. Mai 2006** werden die acht großen Tore der UN-Millenniumskampagne (in Bonn ausleihbar) mit den acht Millenniumszielen in der Innenstadt Bremens aufgestellt und mit einem Rahmenprogramm erläutert. Die von der Oekumenischen Initiative alljährlich mitgetragene Veranstaltungsreihe zu Afrika wird sich unter der Themenstellung „Lebensquelle Wasser in Westafrika“ im Monat Mai anschließen.

OeRK – Globalisierung und Dekade zur Überwindung von Gewalt

Über die Themen der Vollversammlung des Oekumenischen Rates im brasilianischen Porto Alegre im Februar 2006 informierte Dr. Dagmar Heller, Oekumene-Referentin der EKD am 28.9.05 in einer der Bremer methodistischen Gemeinden. Die Auseinandersetzung um Fragen wirtschaftlichen Gerechtigkeit angesichts ökonomischer Globalisierung sollen in einem Bericht über Porto Alegre Ende März 2006 im Mittelpunkt stehen. Die genannten Aktivitäten zu den Millenniumsentwicklungszielen zur Halbierung weltweiter Armut stehen für die Oekumenische Initiative in diesem Zusammenhang einer Wirtschaft im Dienst des Lebens.

Auf drei Ebenen ordnet sich die Oekumenische Initiative der Dekade zur Überwindung von Gewalt zu: Ein Tagesseminar im November 2005 mit Dr. Elke Seifert diente dem Nachdenken und Nachspüren über

eigene Gottesbilder unter der Fragestellung „Gott: Befreierin oder Gewalttäter!“ Das Bremer Forum gegen Gewalt in Pflege und Betreuung, gegründet aufgrund des Veranstaltungsimpulses der Oekumenischen Initiative während des Bremer Stadtkirchentages vor einem Jahr wird mit einem Beratungsblatt in Pflegeeinrichtungen an die Öffentlichkeit gehen. Der Arbeitskreis „Genfer Initiative für einen israelisch-palästinensischen Friedensvertrag“ hat sich mit der Problematik der jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten auseinandergesetzt und wird im Frühjahr eine Veranstaltung mit EU-ParlamentarierInnen zur Rolle der EU in Bezug auf einen Friedensschluss zwischen Israel und Palästina organisieren.

Oekumenische Initiative Bremen, Holler Allee 75
28209 Bremen, Tel: 04 21 / 3 46 15 36, Fax: 3 46 15 38

► Berlin

Nacht der offenen Kirchen

Traditionsgemäß wurde die „Nacht der Offenen Kirchen“ mit großem Erfolg in der Nacht vom Pfingstsonntag auf Pfingstmontag in der Region Berlin-Brandenburg durchgeführt. Dies ist bereits das 5. Mal, dass die „NOK“ in unserem Bereich stattfand. Ca. 150 Kirchengemeinden verschiedener Konfessionen hielten ihre Türen stundenlang offen und haben insgesamt eine bunte Vielfalt von Angeboten zusammengestellt. Es wird geschätzt, dass ca. 30 000 Besucher an der „NOK“ teilgenommen haben. Die „NOK“ bietet, u. a. Möglichkeiten für Menschen, die wegen ihrer atheistischen Erziehung von Gottesdiensten fernbleiben, etwas kirchliches zu erfahren. Einzelheiten dazu kann man unter www.offenekirchen.de abrufen.

Die Vorbereitungen für das Oekumenische Stadtkirchentag, das am **9. Sept. 2006** im Herzen Berlins stattfinden wird, laufen auf Hochtouren. Im Januar dieses Jahres wurden sieben Subgruppen gebildet, die, wie auch die große Vorbereitungsgruppe, bereits mehrmals getagt haben. Bei den Vorbereitungen, sind Mitgliedskirchen des OeRBB, sowie Vertreter des „Internationalen Konvents“ und der „Oekumenischen Jugendkirche“ beteiligt. Das Motto des Festes wird „Auf gute Nachbarschaft!“ lauten.

Kooperation mit afrikanischen Migrantenkirchen

Als direkte Konsequenz eines Bußtag-Gottesdienstes am 17.11.2004, in dem der Berliner Konferenz vor 120 Jahren gedacht wur-

de (1884/1885), hatte der OeRBB das Jahr 2005 zum „Afrika-Jahr des OeRBB“ ausgerufen. Es gab mehrere Veranstaltungen dazu und ein Treffen mit zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern afrikanischer Gemeinden in Berlin.

In Planung ist jetzt u. a. ein großer berlinweiter Gottesdienst in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, der die vielen versplitterten afrikanischen Gemeinden versammeln und mit Berliner Christen zusammen bringen soll. Auch sind Gespräche aufgenommen worden, um die afrikanischen Gemeinden in den OeRBB zu integrieren.

Klausur bei Kopten

Zum ersten Mal hat eine Klausurtagung der Ratsleitung des OeRBB außerhalb der Region Berlin-Brandenburg stattgefunden.

Zwischen dem 18. und 19. September 2005 haben 23 Mitreisende aus der Ratsleitung und der Theologischen Kommission (im OeRBB) sowohl das Koptisch-Orthodoxe Kloster in Höxter-Brenkhausen als auch das sogenannte „Koptische Dorf“ in Borgentreich besucht. Das sind die Hauptwirkungsstätte von Bischof Anba Damian, der stellvertretende Vorsitzende des OeRBB.

Durch Andachten und Gebete haben die Teilnehmer Koptisch-Orthodoxe Spiritualität erlebt.

Christlichen Glauben entdecken

Das in der Kommission für oekumenisch-missionarische Zusammenarbeit (KOeMZ) des OeRBB entstandene Buch „Den christlichen Glauben entdecken – Ein Leitfaden“ wurde schon in den ersten Monaten nach seiner Erscheinung über 1500 Mal verkauft.

Steve Smith, Ev. Referent des Oekumenisch-Missionarischen Institutes des OeRBB, Gierkeplatz 2-4
10585 Berlin, Tel.: 0 30 / 3 42 10 00

► Württemberg

Pro Oekumene-Initiative

Pro Oekumene hat Anfang Dezember 2005 ein Heft herausgebracht zur OeRK-Vollversammlung mit dem Titel „Porto Alegre“. Es enthält u. a. einen Beitrag des OeRK-Präsidenten Eberhardt Renz, der die Globalisierungsdebatte in den lateinamerikanischen Kontext stellt. Werner Gebert würdigt das sog. AGAPE (Alternative Globalisation Addressing People an Earth) -Papier, das vom OeRK erarbeitete Studiendokuments zur wirtschaftlichen Ungerechtigkeit. Prof. Dr. Bruno W. Speck gibt einen Einblick in die Situation der Pfingstkirchen in Brasilien.

Kontakt: Pfr. Harald Wagner, Kirchstr. 29
73092 Heiningen, Tel.: 07161/49026, Fax: -41011
Wagner_Harald@t-online.de

► Baden

Werkstatt Ökonomie Heidelberg Jahrbuch Gerechtigkeit

Mitunter wird von Medien, Wirtschaft und Politik der Eindruck erweckt, Deutschland sei arm geworden. Doch Schlechtreden der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Aussichten Deutschlands verstellt den Blick auf die Ressourcen und Möglichkeiten unseres Landes. Denn: öffentliche Armut im reichen Deutschland muss nicht sein.

Hierauf verweisen 26 kirchliche Herausgeber, die in oekumenischer Trägerschaft das Jahrbuch Gerechtigkeit herausgegeben haben. Unter dem Titel „Armes reiches Deutschland“ beschäftigt sich das Jahrbuch in einem zentralen Diskussionsbeitrag und in zahlreichen Aufsätzen mit öffentlicher Armut trotz privatem Reichtum. Übersichtliche Schaubilder zeigen die Notwendigkeit einer anderen Steuerpolitik.

Das erstmals erscheinende Jahrbuch Gerechtigkeit wird von drei Evangelischen Landeskirchen, vier Diakonischen Werken, der Evang.-Methodistischen Kirche, der Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Gemeinden, kirchlichen Entwicklungshilfeorganisationen, Missionswerken, kirchlichen Forschungseinrichtungen und oekumenischen Organisationen herausgegeben, darunter der Stiftung Oekumene. Verlegt wird es von der Frankfurter Rundschau und der Publik-Forum Verlagsgesellschaft.

ISBN 3-88095-149-7, 254 S., 13,90 Euro

Für Rückfragen stehen Ihnen die Geschäftsführer des Jahrbuches „Gerechtigkeit“ zur Verfügung: Werkstatt Ökonomie, Klaus Heidel, Tel.: 06221/4333613 oder 0170/5223011, klaus.heidel@woek.de.

Dr. Thomas Posern, Tel.: 06131/2874454

t.posern@zgv.info

► Westfalen

Neuer Ball zur Weltmeisterschaft 2006

Mit einem neuen Fußball lädt die Evangelische Kirche von Westfalen im Jahr der Fußballweltmeisterschaft 2006 ein, nicht nur Fußball zu schauen, sondern auch selbst zu spielen. Der Ball im aktuellen Retro-Design entspricht den Regeln des Deutschen Fußball Bundes (DFB). Die ersten der silber-schwarzen Bälle, auf denen auch das Logo der EKvW aufgedruckt ist, hat Präses Alfred Buß zusammen mit Oberkirchenrat Dr. Ulrich Möller und Öffentlichkeitsreferent Uwe Moggert-Seils jetzt auf der Landessynode präsentiert. Der EKvW-Ball wurde in Pakistan gefertigt und kommt über die Fair-Handelsgesellschaft gepa nach Deutschland. Damit ist ausgeschlossen, dass das runde Leder durch Kinder hergestellt worden ist.



Bei der Präsentation des EKvW-Fußballs: Uwe Moggert-Seils, Präses Alfred Buß, Oberkirchenrat Dr. Ulrich Möller (v.l.)

Die gepa sichert auch zu, dass für die Arbeiterinnen und Arbeiter gerechte Löhne gezahlt sowie Arbeitssicherheit, feste Verträge und Gewerkschaftsfreiheit garantiert werden. Der Ball gehört zur bundesweiten Kampagne „fair play – fair life“, die von der Evangelischen Kirche von Westfalen (EKvW) angestoßen wurde. Unter dem Motto „fair play – fair life“ ist der Name Programm. „Wenn die ganze Welt im fairen Spiel vereint ist, dann soll auch auf der ganzen Welt zu fairen Bedingungen gearbeitet und gelebt werden“, so der westfälische Oberkirchenrat Ulrich Möller. Der Ball kostet 15 Euro zzgl. Porto- und Versandkosten.

Arbeitsstelle MÖWe, Olpe 35, 44135 Dortmund

Tel.: 0231/540970, Fax: 540921

buero@arbeitsstelle-moewe.de

Aus Gruppen und Bewegungen

► ACK: Bundestreffen Oekumenischer Gemeindezentren

Zum 30-jährigen Jubiläum des Oekumenischen Zentrums in Würzburg-Lengfeld fand vom 4.-6. November 2005 ein von der ACK veranstaltetes Bundestreffen der Oekumenischen Gemeindezentren in Würzburg statt, an dem 145 Teilnehmer aus 16 der 62 Oekumenischen Zentren in Deutschland teilnahmen. Unter dem Gesamthema „Oekumene am Wendepunkt“ diskutierten die Teilnehmer kritische und erfreuliche Aspekte der oekumenischen Beziehungen und tauschten sich über die konkrete Praxis in ihren Zentren vor Ort aus.

Folgende Ergebnisse der Beratungen können zusammenfassend festgehalten werden:

Wendepunkt

Angesichts einer Tendenz zur Entkonfessionalisierung auch innerhalb der Kirchen einerseits und einem zunehmenden Konfessio-

nalismus andererseits steht die oekumenische Bewegung derzeit vor einem Wendepunkt. Die Erfahrungen aus den Oekumenischen Zentren können hier hilfreich sein. Leider werden sie von den Kirchenleitungen oft zu wenig zur Kenntnis genommen. Die Tagung hat neu bewusst gemacht, dass die Oekumenischen Zentren einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Kirchen einbringen können und müssen.

Netzwerk

Oekumenische Zentren streben nicht eine Einheit an, die hinter die historisch gewachsene Pluralität der Glaubenszeugnisse zurückfallen würde, sondern verstehen sich als exemplarische Orte der Begegnung und der Gemeinschaft. Oekumenische Zentren sind je eigenständige Netze innerhalb der Netzwerke der anderen oekumenischen Initiativen und in Kooperation mit dem Netz der Arbeitsgemeinschaften christlicher Kirchen (ACK). Dies ist nicht nur ein Organisationsmodell, sondern gelebtes Evangelium.

Voneinander lernen

Die Vielfalt christlicher Lebenspraxis wird in den Oekumenischen Zentren als Bereicherung erlebt. Sie sind Orte, in denen eine Spiritualität gegenseitigen Lernens und Hörens eingeübt wird.

Ressourcen

Oekumene darf nicht als Luxus verstanden werden, der sich in Zeiten knapper werdender Kassen erübrigt. Die lebendige Zusammenarbeit in den Zentren stellt sich vielmehr selber als Ressource heraus, deren Nutzung auch ökonomisch sinnvolle Perspektiven beinhaltet.

Jugend und Oekumene

Binnenkirchliche Abgrenzungen sind Jugendlichen nicht mehr vermittelbar und werden zukünftig immer weniger Relevanz für ihre spirituelle Orientierung haben

Gemeinschaft im Herrenmahl

Eucharistische Gastfreundschaft wird daher in den Zentren besonders dringend gewünscht und entsprechende offizielle Zulassungen werden hier besonders schmerzlich vermisst.

Die gesamte Tagung ist in einer Dokumentation „Oekumene am Wendepunkt“ veröffentlicht und ist erhältlich gegen eine Schutzgebühr von 5,- Euro (incl. Porto/Versand) von der Oekumenischen Centrale, Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen e.V., Ludolfstraße 2-4 60487 Frankfurt/M., Tel.: 069/247027-16 oder -13 georg.schuetz@ack-oec.de

► 18.–25. Januar 2006: Gebetswoche für die Einheit der Christen

Gottesdienstentwurf aus Irland – „Wo zwei oder drei in meinem Namen versammelt sind, da bin ich mitten unter ihnen!“ sagt Jesus, den seinen Jüngern (Mt 18,20)

Bewusst haben die irischen Kirchen die Feier der Gebetswoche mit der Verheißung der Gegenwart Christi verbunden. Die Christen in Irland verbinden mit ihrer langen Geschichte den Reichtum und die ausstrahlende Kraft geistlicher Bewegungen und Aufbrüche. Zugleich haben sie erlebt, wie Spaltungen und Feindseligkeiten das Zusammenleben erschüttert und Wunden und Leid verursacht haben. Seit einigen Jahren gibt es Hoffnung auf Versöhnung und Frieden in Nordirland, auch wenn dieser Friede immer noch zerbrechlich ist. Die Kirchen sind in dieser Situation herausgefordert, Anwälte der Einheit und Mittler der Versöhnung zu sein. In der Vergangenheit waren es oft kleine engagierte Gruppen, die die Hoffnung auf eine andere Zukunft am Leben erhielten und aktive Wegbereiter dafür waren. Sie ließen sich inspirieren und ermutigen von der versöhnenden Kraft des Evangeliums, um Spaltungen und Ressentiments zu überwinden. Ein Gottesdienstethos und eine Arbeitshilfe sind bei der Oekumenischen Centrale erhältlich. Darin finden sich etliche Anregungen zur Gestaltung der Gebetswoche.

Außerdem neu erhältlich von der Oekumenischen Centrale:

„Multireligiöse Feiern und Gebete“. Ein Überblick über oekumenische und kirchliche Texte und Arbeitshilfen.

Anschrift siehe oben.

► KirchenVolksBewegung: Wir sind Kirche



**Konzil und Synode dürfen nicht in
Vergessenheit geraten!**

**40 Jahre Konzil – 30 Jahre Synode –
10 Jahre KirchenVolksBegehren**

„Konzil und Synode dürfen nicht in Vergessenheit geraten!“ fordert die KirchenVolks Bewegung „Wir sind Kirche“ anlässlich der nicht nur zeitlich sondern auch inhaltlich in einem sehr engen Zusammenhang stehenden kommenden Jubiläumstage. Gerade angesichts des aktuellen Kurses in Rom und in der jetzigen pastoralen Umbruchzeit sind die

Impulse von Konzil und Synode von brennender Aktualität für die Mitwirkung des Kirchenvolkes bei den anstehenden pastoralen Umstrukturierungsprozessen. Vor 40 Jahren, am 8. Dezember 1965, ging das von Papst Johannes XXIII. einberufene Zweite Vatikanische Konzil zu Ende, das dem Kirchenvolk, dem Volk Gottes, eine ganz zentrale Bedeutung zuerkannt hat. Vor 30 Jahren, am 23. November 1975, war die letzte Sitzung der Gemeinsamen Synode in Würzburg, die (zusammen mit der Pastorsynode in Dresden) die Konzilsbeschlüsse für Deutschland umsetzte, was jedoch in vielen Punkten von Rom bis heute nicht zur Kenntnis genommen worden ist.

Vor 10 Jahren, am 12. November 1995, endete das KirchenVolksBegehren in Deutschland. Die Forderungen des KirchenVolksBegehrens nach mehr Demokratie in der Kirche, der Gleichberechtigung der Frau, der Freistellung des Zölibates, der positiven Bewertung der Sexualität und der Verkündigung als Frohbotschaft wurden allein im deutschsprachigen Raum von mehr als 2,5 Millionen Frauen und Männern unterschrieben. Die aus dem KirchenVolksBegehren hervorgegangene KirchenVolksBewegung setzt sich seit 10 Jahren für eine Erneuerung der römisch-katholischen Kirche auf der Basis des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962–1965) und der darauf aufbauenden Theologie und Praxis ein. Die theologisch fundierten Anliegen des KirchenVolksBegehrens sind mittlerweile weltweit zum Reformkanon für eine zukunftsfähige Kirche geworden und haben – auch wenn bisher keine der konkreten Forderungen des KirchenVolksBegehrens im Kirchenrecht umgesetzt wurde – einen Diskussionsprozess ausgelöst, wie es ihn seit dem Konzil nicht mehr gegeben hat.

Neue bundesweite Kontaktadresse: KirchenVolks

Bewegung: „Wir sind Kirche“ c/o Christian Weisner

Postfach 65 01 15, 81215 München

Tel.: 08131/260250 oder mobil 0172/5184082

Fax: 01212/528973498

Per E-mail und Internet ist „Wir sind Kirche“ nach wie vor unter info@wir-sind-kirche.de bzw. presse@wir-sind-kirche.de und www.wir-sind-kirche.de zu erreichen.

► Oekumenischer Dienst/ Schalomdiakonat

Neue Geschäftsführerin

Ende August übernahm Sonja Priebs die Geschäftsführung des Oekumenischen Dienstes Schalomdiakonat (OeD) als Nachfolgerin des im Dezember 2004 verstorbenen Christian Garve. In den vergangenen zwei Jahren arbeitete sie als Referentin für die Bolivien-Partnerschaft des Bundes der deutschen katholischen Jugend (BDKJ) in der Diözese Hildesheim. In ihrer Vorstellung für den „Schalom-Brief“ des OeD schreibt Sonja Priebs u. a.:

„Was mich motiviert hat, mich bei dem Oekumenischen Dienst zu bewerben, ist vor allem das spezifische Profil seiner Friedensarbeit in drei Dimensionen: die Verwurzelung der Friedensarbeit in einer oekumenischen Spiritualität, die konkrete praktische Arbeit in der Qualifizierung und Begleitung von Menschen in gewaltfreier, ziviler Konfliktbearbeitung und schließlich die politische Dimension als Impulsgeber für Friedensfragen und -taten innerhalb von Kirche und Gesellschaft.“



Sonja Priebs

Photo: © privat

Aus dem Bereich der katholischen Jugendbildungs- und Partnerschaftsarbeit kommend bedeutet meine neue Tätigkeit eine folgerichtige Weiterentwicklung für mich: von internationalen Freiwilligendiensten zu Friedensbildungsarbeit, von der Jugendbildung in die Erwachsenenbildung, von katholisch zu oekumenisch.“

Mit ihren 27 Jahren und ihren dennoch reichhaltigen persönlichen Erfahrungen steht die neue Geschäftsführerin für die Hoffnung auf neue Akzente und neuen Schwung in der Arbeit des OeD. Die bleibt auch nach den Umbrüchen der letzten Zeit weiterhin gekennzeichnet durch fachlich hoch qualifizierte Kursangebote in gewaltfreier Konfliktbearbeitung, die sich aus einer politischen Spiritualität der Gewaltfreiheit speisen (s.u.).

► Neue Grundkurse und neue Website beim Oekumenischen Dienst

Zwei neue berufsbegleitende Grundkurse in gewaltfreier Konfliktbearbeitung bietet der Oekumenische Dienst Schalomdiakonat (OeD) im Jahr 2006 an:

1. Zusammen mit der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKiR) von April bis August an vier Wochenenden und einer Abschlusswoche (zum Ende der NRW-Sommerferien) in der Nähe von Gummersbach. Dieser Kurs richtet sich in erster Linie an haupt- und ehrenamtliche Mitarbeitende der EKiR, steht aber auch anderen Interessierten offen.
2. Von September 2006 bis Februar 2007 ebenfalls an vier Wochenenden und einer Abschlusswoche (über Karneval) in der Zukunftswerkstatt Oekumene in Warburg-Germete.

Ziel der Fortbildungen ist es, besser mit Konflikten umgehen zu lernen im persönlichen Konfliktverhalten wie in der Arbeit mit Gruppen. TeilnehmerInnen sollen Interesse an Friedens-, Entwicklungs- oder Oekologiearbeit haben und die Bereitschaft

zur persönlichen Auseinandersetzung mit der Gruppe und den Inhalten mitbringen.

Oekumenischen Dienst Schalomdiakonat, Mittelstr. 4
34474 Diemelstadt-Wethen, Tel.: 05694/8033
Fax: 05694/1532

► Plädoyer für eine oekumenische Zukunft

Seit seiner Gründung 1979 hat das Plädoyer eine wichtige Aufgabe darin gesehen, die OeRK-Vollversammlungen vorzubereiten, zu begleiten und auszuwerten. Im Blick auf die 9. OeRK-Vollversammlung, die vom **14.-13. Febr. 2006** in Porto Alegre/Brasilien stattfindet, hat eine kleine Autorengruppe die Hauptthemen der Versammlung erarbeitet und in jeweils zwei bis vier Seiten aus bundesdeutscher Sicht dargestellt. Es handelt sich um die Themen „Einheit der Kirchen“, „Christliches Zeugnis und religiöse Vielfalt“, „Dekade zur Überwindung von Gewalt“, „Wirtschaftliche Ungerechtigkeit“ und „Jugend“. Das Thema „Lateinamerika“ wurde aus Kompetenzgründen nicht behandelt. VertreterInnen des Plädoyer wurden als Resource Persons zu den Vorbereitungssitzungen der EKD für die Porto-Alegre-FahrerInnen eingeladen, zuletzt zu der Delegiertenvorbereitung, die am 25./26. Nov. im Kirchenamt in Hannover stattfand.

Die Beiträge wurden als epd-Dokumentation Nr. 44/05 mit dem Titel „In Deiner Gnade, Gott, verwandle die Welt“ gedruckt. Sie kann zur eigenen Information, aber auch als Hintergrundmaterial für Informations- und Bildungsveranstaltungen genutzt werden und so einer verbreiteten Oekumene-Müdigkeit entgegenwirken.

Das Plädoyer plant auch eine ausführliche Auswertung dieser OeRK-Vollversammlung. Sie wird bei einer Oekumenischen Sommeruniversität vom **31.07.-06.08.2006** in und mit der Evang. Akademie Hofgeismar erfolgen.

Die epd-Doku kann beim epd und auch über den Plädoyer-Geschäftsführer W. Gebert, Banweg 14
72131 Ofterdingen, Tel.: 07473/959898
Fax: -95 98 94, euw.gebert@t-online.de bezogen werden. Der Preis für ein Heft beträgt 3,40 Euro plus Versandkosten. W. Gebert nimmt auch Anfragen zur Sommeruniversität entgegen.

► Oekumenische Initiative Eine Welt

Nachhaltige Lebensweisen, Ethik und Spiritualität weltweiter Verantwortung

Fast auf den Tag genau 30 Jahre nach ihrer Gründung lädt die Oekumenische Initiative

Eine Welt (OeIEW) vom 5. bis 7. Mai 2006 zu ihrer Jahrestagung nach Bad Honnef ein. Das soll keine große Geburtstagsfeier werden (auch wenn für den Samstagabend ein festliches Element geplant wird), sondern in erster Linie eine Tagung rund um das Themenspektrum „Nachhaltige Lebensweisen, Ethik und Spiritualität weltweiter Verantwortung“. Dabei geht es um den bisherigen Weg der OeIEW, aber mehr noch um ihre Perspektiven heute in einem veränderten Kontext: Wo und wie hat die Oekumenische Initiative zu gesellschaftlichen Veränderungen seit 1976 beigetragen – und welche hat sie eher erdulden müssen, manchmal vielleicht auch nur schwer ertragen können? Welche Herausforderungen liegen in nächster Zeit vor uns – und wie können und wollen wir sie annehmen und meistern?

Im Spannungsfeld dieser Fragen nach dem GESTERN und dem MORGEN wollen wir uns an mögliche Aufgaben herantasten, die HEUTE auf uns warten. Dabei werden uns namhafte GesprächspartnerInnen und ReferentInnen helfen, die sich seit vielen Jahren der OeIEW verbunden wissen: Zugesagt haben bisher u. a. Bischof Wolfgang Huber, der 1976 ebenso zu den InitiatorInnen der OeIEW gehörte wie Konrad Raiser (der für die Tagung zusammen mit seiner Frau Elisabeth Raiser angefragt ist), die Vorsitzende des BUND, Angelika Zahrt, Reinhard Voß, der erste Geschäftsführer der OeIEW und heutige Generalsekretär von Pax Christi, sowie Manfred Linz vom Wuppertal-Institut, der als Journalist in der Anfangsphase der OeIEW wesentlich zu ihrer Verbreitung beigetragen hatte.

Nähere Informationen und Anmeldung bei der OeIEW
Mittelstr. 4, 34474 Diemelstadt-Wethen
Tel.: 05694/1417, www.oeciew.de

► Kairos Europa



Offener Brief an die Delegierten zur Vollversammlung des Oekumenischen Rates der Kirchen in Porto Alegre

Auf Einladung von KAIROS Europa kamen vom 21. bis 23. Oktober 2005 in Mannheim knapp 90 VertreterInnen von Kirchen und oekumenischen Organisationen aus Afrika, Asien, Lateinamerika sowie Westeuropa unter dem Tagungsthema „Die Verwandlung der Globalisierung als Herausforderung für

die Oekumene – kirchliche Positionen zur Weltwirtschaft auf dem Prüfstand“ zusammen, um im Vorfeld der Vollversammlung des OeRK über die Differenzen in der Beurteilung der ökonomischen Globalisierung ins Gespräch zu kommen und den diesbezüglichen Dialog zu vertiefen.

Mit Blick auf die in Porto Alegre anstehenden Beratungen über künftige Schwerpunkte des oekumenischen Engagements für eine Wirtschaft im Dienst des Lebens beauftragte die große Mehrheit der Teilnehmenden KAIROS Europa, die westeuropäischen Delegierten zur Vollversammlung zu bitten, folgende auf unserer Tagung erörterten Aspekte zu berücksichtigen:

1. Die Unterschiede in der Analyse und Beurteilung der ökonomischen Globalisierung lassen sich nicht auf Meinungsverschiedenheiten zwischen „den Kirchen des Nordens“ und „den Kirchen des Südens“ reduzieren. Vielmehr hängen sie mit der Frage zusammen, wo Kirchen ihren jeweiligen sozialen Ort einnehmen (wollen). Legt man die Bibel zugrunde, so befindet sich dieser Ort an der Seite derer, die in Folge der Ungerechtigkeit der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung verarmen und ausgeschlossen werden. In Anbetracht des anhaltend hohen und in manchen Regionen des Südens gar zunehmenden Ausmaßes an Elend sowie der wachsenden Zahl der in den Industrieländern vom Wirtschaftsgeschehen Marginalisierten gibt es zur Zeit wenig Anlass zu der Hoffnung, die weltweite Armut im Verlauf der nächsten zehn Jahre halbieren zu können – von ihrer vollständigen Beseitigung ganz zu schweigen. Auf diesem nicht hinnehmbaren Hintergrund sollten sich Kirchen immer wieder neu die Frage stellen, ob und inwieweit sie die „vorrangige Option für die Armen“ wirklich angemessen wahrnehmen – und zwar im Blick auf den „globalen Süden“, das heißt die Verliererinnen und Verlierer der Globalisierung in Süd und Nord.

2. Das insbesondere von Kirchenleitungen aus Westeuropa immer wieder vorgebrachte Postulat, die Weltwirtschaft mittels der Globalisierung des Modells der „Sozialen Marktwirtschaft“ ökonomisch, sozial und ökologisch verträglich zu gestalten, um letztlich ein Leben in Fülle für alle Menschen herbeizuführen, bedarf in zweierlei Hinsicht einer kritischen Überprüfung. Zum einen legen die herrschenden Machtverhältnisse nahe, dass dieser Ansatz allenfalls als illusionär zu erachten ist – was nicht zuletzt auch daran deutlich zu werden scheint, dass eben jene „Soziale Marktwirtschaft“ in ihren westeuropäischen Ursprungsländern zunehmend unter die Räder zu geraten droht –, zum anderen scheint außer Frage zu stehen, dass die Durchsetzung der „Sozialen Marktwirtschaft“ in Westeuropa angesichts der spezifischen Situation im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg eine historische Beson-

derheit darstellte und noch dazu nur auf dem Rücken der so genannten Dritten Welt sowie der Schöpfung zu einer vorübergehenden „Erfolgsgeschichte“ avancieren konnte. Im Blick auf diese Fragen ist das Gespräch in und zwischen den Kirchen zu intensivieren.

3. Angesichts des offensichtlichen Mangels an umfassenden „Blaupausen“ für eine allen Menschen gerecht werdende Globalisierung empfiehlt es sich, zunächst bei der zu beobachtenden sozio-ökonomischen Polarisierung zwischen und innerhalb der Nationen sowie der voranschreitenden Entdemokratisierung (welt-)wirtschaftlicher Prozesse anzuknüpfen und nach deren Ursachen zu fragen. Bedarf es diesbezüglich nicht eines klaren Neins zum so genannten neoliberalen Globalisierungsprojekt, das die Verabsolutierung der Marktgesetze erklärtermaßen zur Maxime gemacht hat und das Recht des wirtschaftlich Stärkeren im Interesse einer nur den Mächtigen dienenden vermeintlichen „Allokationseffizienz knapper Mittel“ auf Gedeih und Verderb durchzusetzen versucht? Sind die Kirchen um der Integrität ihrer Gemeinschaft und ihres Zeugnisses willen nicht geradezu verpflichtet, einer solch „mammonistischen“ Strategie und Haltung entgegenzutreten und statt dessen entschieden für eine solidarische Transformation der Weltwirtschaft einzutreten? Inwieweit stehen die Kirchen in Westeuropa wirklich klar hinter den Vollversammlungsbeschlüssen des Lutherischen Weltbundes in Winnipeg 2003 und des Reformierten Weltbundes in Accra 2004, die auch die Grundlage für das AGAPE-Dokument des OeRK zur Vorbereitung der Vollversammlung sind?

4. In dieser Hinsicht ist es mutmachend, dass – ungeachtet aller analytischen Meinungsunterschiede im Detail – eine weitgehende Kongruenz bezüglich der Vorschläge für eine solche Transformation der gegenwärtigen Verhältnisse vorliegt. Die entscheidende Frage, die sich diesbezüglich stellt, ist, wie im Angesicht der Fülle an praxistauglichen Forderungen der „Quantensprung“ zu deren Umsetzung gelingt. Allgemeine Übereinstimmung bestand in der Betonung einer Stärkung und eines entschiedene(re)n Eintretens der Kirchen in Nord und Süd für eine globalisierungskritische Bewusstseinsbildungsarbeit – vor allem in den Gemeinden, aber auch in der Öffentlichkeit einschließlich der (Massen-) Medien. Im Übrigen wurde die Bedeutung der unvoreingenommenen Kooperation mit anderen globalisierungskritischen Teilen der Zivilgesellschaft (z. B. Gewerkschaften und soziale Bewegungen) betont. Denn auch die soziale Regulierung der Marktwirtschaft in der Periode nach dem Zweiten Weltkrieg wurde nur möglich, weil vor allem die Arbeiterbewegung sie erkämpfte. Das heißt im Blick auf den Dialog mit den Mächtigen aus Wirtschaft

und Politik, dass dieser nur dann Erfolg verspricht, wenn ihm die klare Bereitschaft zur Austragung von Interessenkonflikten zugrunde liegt.

Auf diese Weise könnten Kirchen entscheidend zu der neuen „großen Erzählung“ beitragen, dass und wie eine Wirtschaft im Dienst des Lebens möglich ist.

HEIDELBERG, im November 2005

P.S.: Die Dokumentation der KAIROS Europa-Tagung findet sich im Internet unter www.kairoseuropa.de
Kairos Europa - Büro Heidelberg, Hegenichstr. 22,
69124 Heidelberg, Tel.: 062 21 / 71 60 05 (AB)
062 21 / 71 26 10, Fax: 062 21 / 71 60 06
info@kairoseuropa.de, www.kairoseuropa.de

► FREIE HEIDE

Projekt „Sichelschmiede“

Entstanden bei einem Treffen des Trainingskollektivs „Windrose“, zieht eine Idee derzeit ihre Kreise: die Gründung eines Koordinations- und Trainingszentrums für Friedensarbeit in der „FREIE HEIDE“.

Ziel ist es, in der Wittstocker Heide eine Anlaufstelle für Gruppen und Organisationen aus der bundesweiten Friedensbewegung zu schaffen, um so die Arbeit der Gruppen vor Ort zu stärken.

Die Vision dahinter: Die „FREIE HEIDE“ könnte ein neuer Kristallisationspunkt für die Friedensbewegung werden, ein Ort, an dem wir heute schon unser „NEIN“ zu den Kriegen von morgen manifestieren, in dem wir die Übungen für die „Out of Area“-Kriege behindern.

Rückfragen, Mitmach- und Unterstützungsangebote bitte an Ulrike Laubenthal, Bergstr. 1a, 36179 Bebra
Tel.: 066 27 / 91 59 44, ul@gewaltfreiheitstrainings.de
(siebenseitige Projektbeschreibung auf Anfrage)

► Initiative Kirche von unten



Der Vatikan – Weisung fehlt es an Weisheit

Der Vatikan setzt ein weiteres fatales Zeichen in seinem Kampf gegen die Akzeptanz von Homosexuellen. Es betrifft die Priesterwärter, zielt aber auf alle Homosexuellen.

Bekannt sind die früheren Versuche des Vatikans, durch Druck auf katholische Politiker die Gleichstellung von Homosexuellen im staatlichen Bereich zu verhindern. Jetzt wird auch gegen Homosexuelle in den eigenen Reihen vorgegangen. Dass Homosexuelle nicht zum Priesteramt zugelassen werden sollen, stellt ein Signal dar, dem deutlich widersprochen werden muss. Dies ist nötig, auch wenn die Betroffenen „nur“ eine kleine Gruppe sind, im Verhältnis zur Gesellschaft im Ganzen oder auch zu den Gemeinden insgesamt.

Die Weisung widerspricht sogar der eigenen Forderung „Man hüte sich, sie in irgend einer Weise ungerecht zurückzusetzen“ (Weltkatechismus, 1994). Das Papier verlangt von Priesteramtskandidaten, dass sie keine „tiefsitzenden homosexuellen Tendenzen“ haben. Dies wird dazu führen, dass schwule Kandidaten, selbst wenn sie, wie gefordert, zölibatär leben, ihre Identität verleugnen und versuchen werden, sich eine heterosexuelle Persönlichkeit zuzulegen. Kontakte, auch seelsorgerlicher Art, zu Schwulen werden sie unterlassen, um sich keinem Verdacht auszusetzen. Vergleichbare Forderungen, die weit über den allgemeinen Pflichtzölibat hinausgehen, werden an heterosexuelle Kandidaten nicht gestellt.

Mit Ignorieren heutiger Erkenntnisse der Humanwissenschaften und mit Verboten setzt der Vatikan auf die Dominanz einer einseitig auf Fortpflanzung gerichteten Sexualmoral. Der Weisung fehlt es an Weisheit. Es ist zu fürchten, dass die Forderungen zu einem Klima der Einschüchterung und des Versteckens führen. Weder der Allgemeinheit noch der römisch-katholischen Kirche selbst wäre damit gedient.

Gemeinsame Pressemitteilung der Oekumenischen Arbeitsgruppe Homosexuelle und Kirche (HuK) und des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD).
Die Oekumenische Arbeitsgruppe Homosexuelle und Kirche e.V. (HuK) ist Mitglied im Oekumenischen Netzwerk Initiative Kirche von unten (IKVU).
Bernd Hans Göhrig, Bundesgeschäftsführer
Oekumenisches Netzwerk Initiative Kirche von unten
Dahlmannstr. 28, 60385 Frankfurt/M.
Tel.: 069/42 09 57 80, Fax: 069/42 09 57 81
Mobil: 0179/5244075, goehrig@ikvu.de
www.ikvu.de

► Christen und Krieg

Dekade zur Überwindung von Gewalt und der Artikel 16 des Augsburgers Bekenntnisses

Zur Frage „Rechtmäßig Krieg führen“ oder „sich widersetzen“? hat ein bundesweiter Studententag am 11./12. November 2005 in Augsburg stattgefunden. Er begann mit einem musikalisch-literarischen Gedenken an

„Liebhaber der Bergpredigt“ mit den Ensembles Ouvert und Cornucopia in der Barfüßerkirche.

75 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, darunter Delegierte aus 13 Gliedkirchen der Evangelischen Kirche Deutschlands, die diese Versammlung mit vorbereitet haben, haben dann am Samstag mit Delegierten der Arbeitsgemeinschaft mennonitischer Gemeinden, der Vereinigung Evangelischer Freikirchen und des Internationalen Versöhnungsbundes, deutscher Zweig, in oekumenischer Verbundenheit getagt. 475 Jahre nach der Entstehung des Augsburger Bekenntnisses ist die Wirkungsgeschichte der Lehrverdammung des Artikels 16 gegen die Täufer und ihre Gewaltlosigkeit kritisch erörtert und über den aktuellen Stand des friedensethischen Wandels der Volkskirchen in Richtung auf Gewaltverzicht und Friedensförderung eingehend reflektiert worden.

In seinem schriftlich übermittelten Grußwort hat der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Wolfgang Huber, auf die „verhängnisvolle Wirkung“ der Aussagen des Artikels 16 der CA hingewiesen, „für die nur um Vergebung gebeten werden kann.“ Das Hören

„auf die Stimmen aus den verschiedenen Kirchen der Welt“ und „ihr Friedenszeugnis in Wort und Tat“ seien eine Ermutigung für das Friedensengagement in den Gliedkirchen der EKD und in den evangelisch geprägten Institutionen, die sich dieser Aufgabe in vielfältigen Formen widmen. Bei der Prüfung aller Schritte auf dem Weg des Friedens sei die „vorrangige Option für die Gewaltfreiheit“ zu berücksichtigen. So werde die Selbpreisung der Friedensstifter und der Gewaltlosen aus der Bergpredigt zu einem „Element nüchterner Politik.“ Auf dem Weg des Friedens komme die Christenheit dann voran, wenn sie sich als „konziliare Lerngemeinschaft“ begreife, deren Ziel „nicht der kleinste gemeinsame Nenner“ ist, sondern „die jeweils neue Aktualisierung des Evangeliums von Jesus Christus, der in Person unser Friede ist (Epheser 2,14).“

Der einleitende Vortrag von Bischof i. R. Dr. Christoph Demke ging von der Frage aus: Wie gehen die Kirchen mit eigener Schuldgeschichte bis heute um? Die verhängnisvolle Rede vom „gerechten Krieg“ habe immer wieder dazu geführt, Kriege zu legitimieren. Im abschließenden Plenum der

Versammlung wurde angeregt, in der zweiten Hälfte der OeRK - Dekade zur Überwindung von Gewalt bis 2010 folgende Vorhaben gemeinsam weiter zu bearbeiten:

- Einsatz für eine oekumenische Friedensdenkschrift.
- Stärkere Aufnahme friedentheologischer Impulse in die kirchliche Friedensdiskussion und in oekumenische Gespräche.
- Beförderung eines Einlegeblatts für evangelische Gesangbücher, das – einer späteren Korrektur im Zuge der Gesangbuchrevision vorausgehend – die Wiedergabe des Artikels 16 im Augsburger Bekenntnis korrigierend erläutert, d.h. die Verdammung der Gewaltlosigkeit zurücknimmt und stattdessen zu Gewaltverzicht ermutigt. Weitergabe eines entsprechenden Impulses an die EKD-Gesangbuchkommission.

Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK), Bundesvorstand/
Bundesgeschäftsstelle, Wachmannstr. 65, 28209 Bremen
Tel.: 0421/344037; Fax: 0421/3491961
www.eak-online.de; eak-brd@t-online.de.

Vorschlag für ein Einlegeblatt

Der folgende Vorschlag für ein Einlegeblatt findet sich auch als Kopiervorlage für ein DIN A4-Blatt im Internet unter www.frieden-schaffen.de/texte/

ZUM AUGSBURGER BEKENNTNIS

ZU ARTIKEL 16

Christen dürfen und sollen Mitverantwortung in Staat und Gesellschaft übernehmen.

Dazu will dieser Artikel ermutigen.

Dazu gibt es heute in einer Demokratie neue Möglichkeiten und erweiterte Verantwortung. Ausübung von staatlicher Gewalt bleibt an Gewissen, Recht und Völkerrecht gebunden.

Wir erkennen dazu heute: Es gibt keine Rechtfertigung für Krieg und militärische Gewalt aus einem evangeliumsgemäßen Glauben. Krieg darf nach Gottes Willen nicht sein.

In unserer Zeit kann Krieg zum Einsatz von Massenvernichtungswaffen bis zur Vernichtung von Gottes guter Schöpfung führen. Das ist neu in der Geschichte der Menschen.

In der Nachfolge Jesu sollen die auf ihn Getauften stets den Weg der Gewaltfreiheit suchen.

Christen wollen Konflikte rechtzeitig, gewaltfrei und zukunftsfähig lösen.

Christen treten ein für einen gerechten Frieden.

ZUM AUGSBURGER BEKENNTNIS

ZU ARTIKEL 16

Christen dürfen und sollen Mitverantwortung in Staat und Gesellschaft übernehmen.

Dazu will dieser Artikel ermutigen.

Dazu gibt es heute in einer Demokratie neue Möglichkeiten und erweiterte Verantwortung. Ausübung von staatlicher Gewalt bleibt an Gewissen, Recht und Völkerrecht gebunden.

Wir erkennen dazu heute: Es gibt keine Rechtfertigung für Krieg und militärische Gewalt aus einem evangeliumsgemäßen Glauben. Krieg darf nach Gottes Willen nicht sein.

In unserer Zeit kann Krieg zum Einsatz von Massenvernichtungswaffen bis zur Vernichtung von Gottes guter Schöpfung führen. Das ist neu in der Geschichte der Menschen.

In der Nachfolge Jesu sollen die auf ihn Getauften stets den Weg der Gewaltfreiheit suchen.

Christen wollen Konflikte rechtzeitig, gewaltfrei und zukunftsfähig lösen.

Christen treten ein für einen gerechten Frieden.

Oekumenische Netze im Konziliaren Prozess

Der OEKUMENISCHE INFORMATIONSDIENST bietet unter anderem den hier aufgeführten oekumenischen Netzen eine Austauschplattform.

Baden

Oekumenisches Netz Baden
Wolfgang Lenssen, Köndringer Str. 10
D-79331 Teningen-Heimbach
Tel.: 076 41 / 57 32 80 (p)
Tel.: 076 41 / 4 13 35 (d)

Bayern

Oekumenisches Netz in Bayern
c/o H. H. Willberg
Mühlbachweg 13
D-90559 Burgthann
Tel.: 091 83 / 95 00 39

Berlin

Oekumenischer Rat Berlin-Brandenburg
Oekumenisch-Missionarisches Institut
Gierkeplatz 2-4, D-10585 Berlin
Tel.: 0 30 / 3 42 10 00
Fax: 0 30 / 3 42 10 11

INKOTA

Greifswalder Str. 33 a, D-10405 Berlin
Tel.: 0 30 / 4 28 91 11
Fax: 0 30 / 4 28 91 12

Bremen

Oekumenische Initiative Bremen
in forum Kirche
Holler Allee 75, D-28209 Bremen
Tel.: 04 21 / 3 46 15-36
Fax: 04 21 / 3 46 15-38

Hamburg

Solidarische Kirche in Nordelbien
c/o Ekke Fetkötter, Porrendeich 6
D-25889 Uelvesbüll
Tel./Fax: 0 48 64 / 7 04

Hessen

Oekumenisches Netz Nord- und Osthessen
c/o Pfr. Reiner Weiß
Obere Sommerbachstr. 8
D-34225 Baunatal
Tel.: 0 56 01 / 84 35

Niedersachsen

Oekumenisches Netz in Niedersachsen
Gerhild Kramer, Wellenser Str. 14
D-37586 Dassel, Tel.: 0 55 62 / 67 94

Oldenburg

Oekumenisches Zentrum Oldenburg e.V.
Kleine Kirchstr. 12, D-26122 Oldenburg
Tel./Fax: 04 41 / 2 48 95 24

Pfalz

Arbeitsstelle Friedensdienst der Ev. Kirche der Pfalz
Referat Konziliarer Prozess
Eberhard Dittus
Große Himmelsgasse 3, D-67346 Speyer
Tel.: 0 62 32 / 67 15 17
Fax: 0 62 32 / 67 15 67

Rhein-Mosel-Eifel-Hunsrück-Westerwald

Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar
Pfarrer-Werner-Mörchen-Str. 1
D-56564 Neuwied
Tel.: 0 26 31 / 35 41 40
Fax: 0 26 31 / 35 41 41

Rheinhessen

Oekumenisches Forum
Rheinhessischer Aktionsgruppen
Gossner Mission, Albert-Schweitzer-
Str. 113-115
D-55128 Mainz
Tel.: 0 61 31 / 23 20 31

Rheinland

Oekumenischer Trägerkreis Rheinland
c/o Wiebke Naumann, Zeughausstr. 7
D-53721 Siegburg
Tel.: 0 22 41 / 6 76 01
Fax: 0 22 41 / 95 97 93

Oekumenisches Netz Mittelrhein e.V.

Erhard Dischler
Immermannstr. 7, D-41516 Grevenbroich
Tel.: 0 21 82 / 25 90
Fax: 0 21 82 / 27 45

Solidarische Kirche im Rheinland

Kirchliche Bruderschaft
c/o Erika Franze-Haugg, Mozartstr. 9
D-45578 Mühlheim a. d. Ruhr
Tel.: 0 20 8 / 59 30 23

Oekumenisches Forum im Rheinland

Lohstr. 132, D-46047 Oberhausen

Sachsen-Anhalt

Arbeitsstelle Eine Welt
Pfr. J.-H. Witzel, Leibnizstr. 4
D-39104 Magdeburg
Tel.: 03 91 / 53 46-493
Fax: 03 91 / 53 46-490

Westfalen

Oekumenisches Netz in Westfalen
MÖWe, Thomas Ehrenberg, Olpe 35
D-44135 Dortmund
Tel.: 0 23 31 / 54 09-73
Fax: 0 23 31 / 54 09-21

Solidarische Kirche Westfalen-Lippe

Michael Nelson, Ostberger Str. 26
D-58239 Schwerte, Tel.: 0 23 04 / 1 58 50

Württemberg

Oekumenisches Netz Württemberg
Johanna Moltmann-Hermann
Riedhöfe 2, D-88410 Bad Wurzach
Tel./Fax: 0 75 64 / 44 79

Fördermitgliedschaft bei der Stiftung Oekumene

Fördermitglieder können Einzelpersonen, Gruppen, Gemeinden oder Pfarrämter werden. Jedes Fördermitglied erhält regelmäßig den OEKUMENISCHEN INFORMATIONSDIENST sowie dessen Sonderdokumentationen. Weitere Materialien werden umsonst oder mit Rabatt angeboten. Über den Förderbeitrag (abzüglich der Gebühr für den Informationsdienst) wird eine abzugsfähige Spendenquittung ausgestellt. Der monatliche Mindestbeitrag liegt bei 5,- Euro.

Stiftung Oekumene
Konto 100 008
BLZ 500 502 01
bei der Frankfurter Sparkasse

IMPRESSUM

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST

Gegründet 1982 – Erscheint vierteljährlich

Herausgeber und Verleger:

Stiftung Oekumene.
Verantwortlich:
Ulrich Schmitthener
Lindenspürstr. 30, 70176 Stuttgart

Bei der Redaktion dieser Ausgabe wirkten mit:

Doris Dilschneider, Ulm
Werner Gebert, Ofterdingen
Ulrich Schmitthener, Stuttgart
Rainer Zimmer-Winkel, Jerusalem

Gestaltung:

Karl H. Thiel, Offenbach/Main

Druck:

Knotenpunkt Offsetdruck
Beller Weg 6, 56290 Buch

Konto: Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01, Kto.-Nr. 100 008

Hinweis:

Der Oekumenische Informationsdienst erscheint mit freundlicher Förderung der Evangelischen Kirche in Deutschland